

relle zum Reichseinkommensteuergesetz vorgesehene Erhöhung des steuerfreien Einkommens und weiter die zu erwartende Verringerung der Ortsklasseneinteilung, so bringt dieser Antrag eine wesentliche Verbesserung für die Kriegssopier. Wird dann weiter das neue Versorgungsgesetz mit aller Beschleunigung durchgeführt, dann dürfte eine allmähliche Beruhigung eintreten, und wenn sich später Mängel aus dem Gesetz ergeben, so wird es Pflicht des Reichstags sein, sie restlos zu beseitigen.

Auf dem Stimmengang.

Die Deutsche Volkspartei macht die unglaublichen Anstrengungen, bei den bevorstehenden Wahlen zum Preussischen Landtag führende Regierungspartei zu werden. Einem unserer Parteigenossen, den sie irrigerweise für einen der Ihren hielt, ging folgendes Schreiben zu, das dieser uns im Original zur Verfügung stellt:

Berlin-Wilmersdorf, den 28. Januar 1921.

Vertraulich!

Herrn . . .

Sehr geehrter Herr . . .

Als Generalsekretär des Wahlkreisesverbandes 3 der Deutschen Volkspartei bitte ich Sie, Ihre Aufmerksamkeit meinen nachfolgenden kurzen aber ersten Ausführungen zu schenken.

Es handelt sich um Preußen und das Reich.

Der Entente ist ohne Zweifel der Gedanke, die inneren Angelegenheiten (Finanz, Wirtschaft usw.) unseres Vaterlandes in eigene Verwaltung zu nehmen, seit der Revolution nicht so fernliegend, wie das Deutsche Volk, nach seinem Gebaren zu urteilen, größtenteils anzunehmen scheint.

Bisher ist es gelungen, dieses Neuerste fernzuhalten. Es ist aber gar keine Frage, daß, wenn die Wahlen in Preußen, dem größten Bundesstaat, nicht eine Regierung bringen, die die Aussicht auf Befestigung der preussischen Landwirtschaft, dieses schwersten Hindernisses für die Reichsregierung, und die Gewähr für die baldige Wiedergeburt geordneter Zustände auch in Preußen bietet, daß dann der Gedanke, seinerseits einzugreifen, den Feindbund erneut beschuldigen wird. (1)

Ich darf mich Ihnen gegenüber darauf beschränken, allein auf diese Gefahr hinzuweisen.

Daher ist es unbedingtes vaterländisches Erfordernis, daß diejenige Partei mit allen Mitteln geführt wird, die als nationale Partei unbedingt in die kommende Regierung in Preußen hinein muß, die aber aller Voraussicht nach leider doch höchstens als einzige der nationalen Parteien — so wie es im Reichstag der Fall war — hineinkommt, da an Demokratie und Zentralismus vorwiegend auch in Preußen der Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien zu einer gemeinsamen bürgerlichen Regierung scheitern wird.

Diese Partei ist die Deutsche Volkspartei.

Je stärker sie wird, um so stärker der nationale Charakter der kommenden Regierung in Preußen, und auf die Regierung kommt es vor allen Dingen an.

Daher werde ich sicher keine Fehlbite tun, wenn ich Sie ergebetst auffordere, zu der unbedingt nötigen Stärkung des Wahlfonds unserer Partei im 3. Wahlkreis, zu dem auch Ihr Ort gehört, Ihrerseits etwas beizutragen und die anliegende Zahlkarte mit einem Ihnen genehmen Betrag ausfüllen und absenden zu wollen.

Wir müssen unsere Kräfte mit Hilfe der großen Zahl der Vaterlandsfreunde leistungsfähig erhalten, damit wir unabhängig und gesund bleiben. Gerade die nationalen Parteien müssen hierauf den allergrößten Wert legen, denn Parteien, die infolge Mangel an Sparsamkeit seitens der Masse der Staatsbürger bei der Auswahl der Kandidaten auf deren geldliche Leistungsfähigkeit sehen müßten, würden der Korruption verfallen.

Mit ausgezeichnetster Hochachtung

Detle, Korvettenkapitän a. D.

Dieses Schreiben ist in mehr als einer Hinsicht höchst bemerkenswert. Abgesehen davon, daß ihm eine Einladung zu einem Tee- und Tanzvergügen beigelegt ist, bei dem sich die Herren Wötcher und Hutt vom Staatlichen

Schauspielhaus bzw. von der Staatsoper als Hoffhausspieler bzw. Mitglied der Hofoper bezeichnen, geht klar aus ihm hervor, wohin die Reise in Preußen gehen soll. Es soll für die Reichsregierung das letzte Hindernis aus dem Wege geräumt werden, eine rein bürgerliche Politik zu treiben, die auf die Interessen der Arbeiterchaft nicht die mindeste Rücksicht zu nehmen braucht. Um die Korruption in ihren Reihen zu vermeiden, scheint die Deutsche Volkspartei, wie aus dem letzten Absatz des Briefes hervorgeht, ihre Kandidaten aus den Taschen ihrer opferfreudigen Anhänger — besolden zu wollen, was allerdings ein bedeutendes Geldes politischer Reinlichkeit wäre. Immerhin trösten wir uns bei dem Gedanken, daß der Deutschen Volkspartei Herren wie Stinnes und Bögeler angehören, die sicher auf mildtätige Gaben seitens ihrer Parteifreunde nicht angewiesen sind und im Falle des Ausbleibens der nötigen Subventionen nicht in die Gefahr geraten — der Korruption zu erliegen!

Lärmereien im Braunschweiger Landtag.

Braunschweig, 2. Febr. (W.B.) In der letzten Sitzung des Landtags wurde die Beschlußfassung über einen Antrag der Rechten, der die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses fordert zur Prüfung, ob die Regierung das Staatsrecht des Landtags dadurch verletzt habe, daß sie die Errichtung einer weiteren Hundertschaft der Schutzpolizei durch Beschaffung von Ausrüstung und Befeldung für die Beamten vorbereitete, obwohl etatsmäßige Mittel dafür nicht zur Verfügung standen, abgelehnt. In persönlichen Bemerkungen verglich ein Abgeordneter der Rechten zwei Abgeordnete der Linken mit Robert und Bertram, den lustigen Bagabunden, worauf ungeheure Lärmereien entstanden. Die Abgeordneten der Linken schlugen mit Häufeln auf die Tische. Abg. Krosche (Rom.) schrie immer wieder durch den Saal: „Die Beschäftigung des Präsidenten ist keine unparteiliche!“ Der Präsident unterbrach schließlich die Sitzung und berief den Vorkonferenzsaal zur Besprechung des Vorfalls. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde der Etat des Staatsministeriums gegen die Stimmen der Rechten und Demokraten genehmigt.

Die Komödie des dritten Bandes.

Wie der Gotta-Verlag in Stuttgart dem „Schwäbischen Merkur“ mitteilt, ist der Vergleichsvertrag für den dritten Bismarck-Band trotz des größten Entgegenkommens des Verlages vollständig gescheitert. Der Vertreter des früheren Kaisers erklärte, aus grundsätzlichen Bedenken nicht auf den Vergleich eingehen zu können.

Inzwischen erzählt die Welt durch Wiedergabe aus holländischen Zeitungen so ziemlich alles Bemerkenswerte, was Bismarck in seinem dritten Bande niedergelegt hat, und Wilhelm II. kann es nicht verhindern, daß die holländische Presse von der Borgehabe ihres „hohen“ Gastes eifrig Notiz nimmt. Glaubi er, seinen Landesleuten und ehemaligen Untertanen die peinlichen Enthüllungen über seinen Charakter und seine Unfähigkeit ersparen zu sollen, um sich noch eine letzte lässige Wohlgefallen zu reservieren, auf den beifragebegehrten Kaiserthron zurückzuführen? Die fortgesetzten Widerstände gegen die ungezügelt veröffentlichte des dritten Bandes werden wenig helfen, denn schon das Wenige, was wir bisher erfahren haben, ist kompromittierend genug für den ehemaligen Selbstherrscher aller Preußen.

Die Moskauer Geldquelle.

Hamburg, 2. Februar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Unser Hamburger Parteiblatt erhält verschiedene Mitteilungen, die über das Wesen der B.R.P.D. bezeichnende Aufschlüsse geben. Es handelt sich in der Hauptsache um interne Angelegenheiten der B.R.P.D., die auf einer Tagung in Hamburg, zu der das Vorstandsmitglied der Zentrale Piek erschienen war, behandelt wurden. Unter anderem wurde auf dieser Konferenz auch der Befehl der Zentrale überbracht, daß Wilhelm Herzog, sowie ein anderer Redakteur des Hamburger Bolschewistenblattes zurückzutreten

hätten, anderenfalls würden sie von der Zentrale abberufen werden.

Bezeichnend sind die Mitteilungen, die in bezug auf die finanzielle Unterstützung der B.R.P.D. durch Moskau veröffentlicht werden. Es heißt da, daß die Zentrale der B.R.P.D., wie Herr Piek habe durchblicken lassen, erst etwa 7 Millionen von Moskau angefordert habe. Die „Kote Jahne“, die mit 7 Redakteuren und 8 Hilfsarbeitern in der Redaktion befehligt sei, verursache einen Kostenaufschlag von 500 000 Mark. Sodann werden einige Auszüge aus einem Protokoll veröffentlicht, in dem u. a. die „Hamburger Volkszeitung“ einen Küffel kriegt, weil sie den „Hamburger Nord“ nicht in genügender Weise behandelt habe.

Interessant sind die weiteren Mitteilungen über die Art und Weise, wie eine Kandidatenliste bei der B.R.P.D. entsteht. Die B.R.P.D. Hamburgs hatte zur Bürgerchaft eine Liste aufgestellt. Diese gefiel aber der hohen Zentrale nicht und sie richtete deshalb ein Schreiben an die Hamburger Ortsgruppe, das unser Parteiblatt zu veröffentlichen in der Lage ist. Es heißt da, man habe einstimmig beschlossen, sich mit der Kandidatenliste zur Hamburger Bürgerchaft nicht einverstanden zu erklären. Es wurde aufgefordert, sofort erneut zur Aufstellung der Liste Stellung zu nehmen. Dann folgen Vorschriften, wer die Liste führen müsse und welche Personen an ausführender Stelle zu stellen sind. Die ganze Veröffentlichung gibt wieder ein neues Beispiel von der Art, wie diese angebliche „Massenpartei“ aufgebaut ist.

Unverschämte Drohungen.

Zweibüden, 2. Februar. Die Oberstaatsanwaltschaft Zweibüden erhielt folgendes Telegramm:

In Sachen des pfälzischen Milchstreiks fordern sofortige Freigabe der Verhafteten und Aufhebung aller Haftbefehle in dieser Angelegenheit sowie Einstellung jeglicher gerichtlichen Verfolgung der Beteiligten, andernfalls passive Resistenz.

Bezirksverammlung der freien Bauernschaft Frankenthal, Turlheim und Ludwigshafen.

Die Oberstaatsanwaltschaft teilt hierzu mit, daß sie sich durch solche Drohungen in ihrem pflichtgemäßen Vorgehen gegen die Ungehorsamkeiten nicht aufhalten lassen, sondern nach wie vor gegen diejenigen einschreiten werde, die gegen die gesetzlichen Vorschriften verstoßen oder zum Widerstand gegen die Staatsgewalt sich hinreizen lassen. Die bäuerliche Bevölkerung wird eindringlich gewarnt, Hezern ihr Ohr zu leihen.

Auflösung einer Bauernversammlung.

Einöd (Pfalz), 2. Februar. Durch die Gendarmerie wurde gestern abend eine Bauernversammlung gewaltsam aufgelöst, weil sie nicht durch die Regierungskommission genehmigt worden war.

Die Ortsgruppe der freien Bauernschaft des Bezirks Pirmasens hat beschlossen, den Milchstreik abzubauen und die anderen Bezirke zum Abbruch des Streiks aufzufordern. Die im Streik befindlichen übrigen Bezirke lehnten diese Aufforderung ab.

Habsburg schob rechtzeitig.

Wien, 2. Februar. (Zeff. Blg.) Dem Finanzausschuß wurde mitgeteilt, daß am 1. November 1918, also noch vor Konkultierung der Republik Deutschösterreich, ein großer Teil der österreichischen Kronjuwelen nach der Schweiz gebracht worden wäre, wo sie sich noch befinden. Der frühere Kaiser hätte es abgelehnt, in dieser Angelegenheit ein Schiedsgericht einzusetzen, jedoch die Zustimmung gegeben, daß vorläufig der Verkauf der Kronjuwelen unterbleiben werde. Auf einen Teil des Privatvermögens des Kaisers, in Höhe von 20 Millionen Kronen (Deutschösterreichische, je 8 Pf. wert. Red.), das sich in Oesterreich befindet, sei zur Sicherstellung zurückgegriffen worden.

Die griechische Nationalversammlung hat mit 248 gegen 71 Stimmen Lombardos zum Präsidenten gewählt. In seiner Rede sagte er, das griechische Volk sei von Dankbarkeit gegen die Großmächte erfüllt. Die 71 gegen Lombardos abgegebenen Stimmen waren auf den sozialistischen Wg. Donglis gefallen.

klawe verkauft. Europa, welches fortwährend Krieg führt, verwendet es als Soldaten und sie rotten zum Schluß die ganze Menschheit aus. Das Stück wurde bereits ins Deutsche übersetzt. r. i.

Der Messingkäfer — ein neues Hausinsekt. Eine unerwünschte Einquartierung, die leider in Deutschland in letzter Zeit immer mehr zugenommen hat, nennt Dr. Frickhinger in der „Menschau“ das massenhafte Auftreten des Messingkäfers, der durch sein überaus zahlreiches Erscheinen schon manchen zur Räumung seiner Wohnung gezwungen hat. Der Messingkäfer, der ursprünglich aus Südrussland stammt, ist wohl vor langen Jahren mit Drogen in die weit-europäischen Länder eingeschleppt worden; er gehört in der Schweiz z. B. schon seit einiger Zeit zu den lästigsten Hausinsekten. In Württemberg beobachtet man sein immer stärkeres Auftreten seit etwa fünf Jahren, und in Böhmen mehrten sich in neuester Zeit die Klagen über den „kleinen braunen Käfer“. Der Messingkäfer ist in seiner Rost nicht wählerisch; er nährt sich von alten Knochen, Federn, Bürsten, Garn, Wollwaren, Ledermatten, Brot, Zigarren usw. usw. Trotzdem soll er in den Wohnungen keine eigentlichen Schädigungen anrichten. Frickhinger erhielt überall die Auskunft, die Käfer seien wohl durch die Rost sehr lästig, richteten aber keinen Schaden an. In weichen ungeheuren Mengen diese Insekten auftreten, zeigte sich in dem Schloßgut Untermetzingen auf dem Wechfeld. Die Käfer hängen am helllichten Tage in Klumpen an der Decke, spazieren an den Wänden umher und lagern infolge des gestreuten Insektentempers zu Tausenden tot am Zimmerboden. Der Besitzer hatte die von ihnen besessenen Räume einfach verlassen müssen, weil er es nicht mehr aushiel. Bedeutende Schädigungen richtete der Messingkäfer in Laachhäusern an, wo er Leder und Wollwaren vernichtet. Die Bekämpfung ist recht schwierig; eine restlose Ausrottung kann nur mit einem Gas, am besten mit Cyanwasserstoffgas, geschehen, doch ist die Anwendung der Blausäure in besetzten Häusern ohne die größten Vorsichtsmaßnahmen von vornherein ausgeschlossen.

Rom Kriegsschiff zum Handelschiff. Einen geschätzten Versuch alle deutsche Kriegsschiffe zu Handelschiffen umzuwandeln, hat man in Danzig unternommen. Hier wurden, wie „Welt und Reedeer“ mitteilt, die beiden kleinen Kreuzer „Orion“ und „Victoria Luise“ umgebaut; sie haben ihre Probefahrten mit gutem Erfolg zurückgelegt. An die Stelle der großen „Katharinen“ und „Demeter“-Klasse sowie der „Koblenz“-Klasse sind Laderäume getreten, und zwei Dieselmotoren von je 1200 Pferdekraften, die mit Del getrieben werden, sind auf jedem der Schiffe einbaut. Der Umbau jedes Schiffes kostet etwa 5 Millionen Mark, und man hat so auf verhältnismäßig billige Weise brauchbare Handelsdampfer erhalten.

Ein Nerven-Passagierluftschiff. Das in England vor seiner Beendigung steht, soll demnächst seine erste Fahrt nach Kapstadt antreten. Es hat eine Länge von 670 Fuß und eine normale Geschwindigkeit von 62 engl. Meilen in der Stunde, ein Gewicht von 14,75 Tonnas bei voller Beladung. In den Passagierkabinen ist Platz für 50 Stellen und ebenfalls Walfische und Lische.

Erwägungsunterricht in Wuklan. Nach einem Ausruf aus Wuklan hat die Sommerregierung den obligatorischen Unterricht für die Knabenkinder im Alter von 17 bis 23 Jahren angeordnet. Der Mangel an Lehrern an Schulleistungen, an — Interesse ist leider nicht durch Verbindungen zu beteiligen.

Der rasende Philister.

Er hat einmal den „Aomus Semper“ geschrieben und von „Appelschnat“ erzählt, lang ist es her. . .

Damals war er wie eine Hohnung.

Der Krieg ist ihm in die Knochen gefahren, er wurde der deutsche d'Annunzio.

Er hat einmal den „Flohmann als Erzähler“ geschrieben, lang ist es her. . .

Damals war er wie ein Signal.

Das Essen bekam ihm zu gut und er die geistige Bodagra.

Er hat einmal Freiheitsgedichte geschrieben, lang ist es her. . .

Damals war er wie ein Ruf.

Heute?

Heute ist er literarischer Kellameher für die deutsche Reaktion, geht als Parodierpferd für den Staat Scherl und — hat ein „Antikommunistisches Manifest“ geschrieben, das anonym, wie sich das für einen altdeutschen Literaten geziemt, in Hamburg gedruckt ist. Es ist unter Verdrehung einer Anzahl Marginalien ein Gifterguß gegen die Sozialdemokratie, was das Hamburger Parteiblatt, dem der Wind auf den Tisch liegt, festnagelt.

Otto Ernst. Mitglied der Orgesch und der Einwohnerwehr, stürzt wutentbrannt in die Druckeret, das Seigerpersonal muß antreten und der rasende Philister versucht den Schuldigen zu erlösen. Das „Antikommunistische Manifest“ aber liegt in Ballen verhandeltbereit. . .

Er hat einmal . . .

Ich ja, lang ist es her. . .

B. B.

Kammerplele. „Der pathetische Hut“. Komödie von Karl Köhler. Einer von den abgelehnten Königen Deutschlands kommt auf die Bühne. Er redet wie der liberale Sonntagspaulander einer Bürgerzeitung. Ein Finanzminister aus dem revolutionären Deutschland, der im Stil und in der Abstammung dem erschossenen Kurt Eisner ähneln, hat sich nicht dagegen wehren, daß ihm der Freirententonia die Hand reicht. Die Mätresse der abgelehnten Könige ist nicht die sozialistische Schieberin, der von seinem Verwendungshaus erzählt und für dieses Opfer bereit ist, den Millionen des Königs über die Schweizer Grenze zu helfen. Natürlich bedient sich der Schieber auch noch eine beträchtliche Provision aus Kobaltzeitungen deutschböhmische Tächtigkeit wolen sich den sozialistischen Minister so aus, wie ihn die Köhlersche Komödie zeigt. Zu der Männergesellschaft wird — eine Lady Mifford von 1921 geführt. Sie sitzt bei dem Schieber hin, weil sie den König liebt und retten will. Sie ist zum königlichen Sonntagspaulander und zum laubhild vorgezogenen Schieberideal der edle Kratmenisch, sie soll behelbe eine Hebin sein. Die Königsfrau wird aus einer Huthelstel ausgepackt und von dem erlauchten Freirententonia als

der pathetische Hut beschwähelt. Nur kein Pathos! Der Komödien-dichter verzicht sich aber und läßt die königliche Mätresse so reden, als wenn er die Lamber eines fünften Oberlehreralters schriebe.

Das Ganze ist manchmal witzig, es entgeht häufiger, es bringt keine Zeitstunde, es folgt nur dem billigen Zeitungston der Satire. Die Dinge werden ab und zu geschickt ausgelacht, aber auch diese Bühnengewandtheit verfaßt schließlich. Der amerikanische Filmagnat, der zum Schluß des ganzen Königswindels und den ganzen Revolutionsschwindel auf die Fümmerleinwand bringen will, dürfte keine guten Geschäfte machen. Denn es wird nur etwas Ausgeklügeltes, das gar nicht fertig wurde, auf die Bühne gebracht. Das Stück macht sogar getraue Ansichten. Siehe Georg Kaiser: „Von Margen bis Mitternacht“. Bei Kaiser geht es ohne die Revolution, die sich feuilketonistilch spienelt. Bei Köhler geht es eigentlich auch ohne Revolution. Das Revolutionäre ist eigentlich nur aufgeklebt, es wird erlebte durch zehn Witz, alles übrige geht im Pathos- oder im Schwanztritt. Das Ganze ist Sünde.

Sünde insofern auch, als ein guter Konvivant, Herr Salfner zum sozialistischen Schieber erhoben werden soll. Es spielt Gals-dorf einen Gebeimrat, der die neue Zeit ins Irrenhaus verschlägt. Herr Galsdorf ist ein vorzüglicher Charakteristiker von Epifoden geworden. Frau Soffen gibt die aufopfernde Königinmätresse. Sie kann ihre schwierige Aufgabe nur überwinden, Herr Janssen trägt die liberalen Freirententons des Königs Mar glatt und genügend vor. Frau Elsa Wagner ist die Göttin des Schiebers, die nur liebt und alles verzeiht. Witze und Klugheit sind die Tugenden dieser klugen Künstlerin. Rosal Lange, der sonst die Tenorsstimmen antiker Wälder nachhört, zeigt als revolutionärer Minister und Heilandsredner eine starke Verwandlungsfähigkeit. Herr Thiemig ist als Stellungsuchender Leutnant und Siebhaber außerordentlich lustig. Fräulein Denora und die Herren Glemeg, Böcker und Gräß halten nützlich und tapfer zu ihrem geringeren Rollen.

Drachlose Musikübertragung. In Verbindung mit den seit einigen Monaten von der Hauptmusikstelle Königsplatz mit Erfolg ausgeführten Funktelephonversuchen ist vor kurzem ein Instrumentalkonzert drachlos übermittel worden. Einige Empfangsstellen berichten, daß die Lautstärke der tiefen Töne geringer war als diejenige der hohen. Eine 400 Kilometer entfernte Aufnahmestelle hat das Konzert so deutlich gehört, daß man sich an der Ursprungsstelle zu befinden glaubte. Das Konzert ist auch in Luxemburg, Holland, Ungarn und England mitgehört worden. Von allen, selbst von einer 1000 Kilometer entfernten liegenden englischen Funkstelle wird die Klarheit und die große Lautstärke der Uebermittlung hervorgehoben.

Ein schiedliches Homunkulusdrama. Im Proger Nationaltheater hatte das utopische Drama R. U. R. („Rokimus Universal Robots“) von Karl Ichnapet einen beispiellosen Erfolg. Das Stück behandelt das Problem eines künstlichen Menschen, „Robot“, welcher in Hundstourenden von Experimenten in einer Fabrik auf einer fernen Insel herstellt wird. Dieses Fabrikat ist höher entwickelt als die Menschen, jedoch ohne Seele und wird als Arbeits-

Polengeld in Oberschlesien.

(D.M.) Nach dem „Schwarzen Adler“ erreichen Korfantys Zuwendungen an die polnischen Unterkommisariate, polnisch geführten Absteuungspolizisten, Soldaten und andere polnische Vereine, den polnischen Sängerbund, die Pfadfinder u. a. eine geradezu enorme Höhe. Es wird nachgewiesen, daß die Kommandanten der von Korfantys geleiteten Bujowtas (Hauskommando) gleichfalls mit Riesensummen bedacht werden und daß auch polnische Geistliche hohe Beträge erhalten. Einer dieser Geistlichen hat in zwei Monaten annähernd 150 000 M. verbraucht. Der „Schwarze Adler“ will in einer seiner nächsten Nummern die Namen dieser Personen an die Öffentlichkeit bringen.

(D.M.) Durch Beamte der „Apo“ sind am Montag in Słupna bei Płock bei polnisch-jüdischen Schmugglern 1 180 000 M. in polnischem Papiergeld und 140 000 M. in deutschem Papiergeld beschlagnahmt worden. Die Schmuggler geben an, das Geld in Sosnowice von einem Unbekannten zur Beförderung nach Oberschlesien erhalten zu haben.

Die oberschlesischen Gewerkschaften haben an die interalliierte Kommission ein Schreiben gerichtet, in dem sie sich darüber beklagen, daß sie von ihr nicht einmal einer Beantwortung ihrer am 11. Januar überreichten Eingabe würdig befunden worden sind. Sie geben weiter ein Schreiben bekannt, in dem sie eine Erhöhung der Gehälter und Löhne um 30 Proz. fordern. Das Schreiben an den Arbeitgeberverband schließt mit den Worten: Da die Erregung und die Unzufriedenheit der Arbeitnehmerschaft im Revier eine sehr große ist, liegt es im allgemeinen Interesse, daß in kürzester Frist Verhandlungen stattfinden.

Die Ermordung Tizsas.

Wien, 2. Februar. („Fr. Ztg.“) Die Budapest Staatsanwaltschaft hat, wie es heißt, beschlossen, gegen Stephan Friedrich Anklage wegen Anstiftung zur Ermordung des Grafen Tizsas zu erheben. Friedrich war bekanntlich der erste bürgerliche Ministerpräsident nach der Beseitigung des „Käseffsystems“.

Hultschiner Großgrundbesitz enteignet.

Draa, 2. Februar. (Eigener Bericht.) Wie die „Edoné Koning“ melden, werden gemäß dem Gelehe über die Sozialisierung des Großgrundbesitzes in der Tschechoslowakei zwei Güter der Familie Hultschild, das Gut des ehemaligen Gesandten in London Fürst Richnowski und eines des Arthur Springstein im Gesamtwerte von 13 000 Hektar vom Staate in Besitz genommen werden.

Unterredung mit Kerenfsky.

Draa, 2. Februar. (Eig. Bericht.) Die „Tribuna“ veröffentlicht ein Interview ihres Pariser Korrespondenten mit Kerenfsky. Dieser meint, daß die russische Sowjetregierung auch ohne fremde Intervention fallen werde, da weder die Arbeiter noch die Bauern noch die Intelligenz in ihrer Majorität die kommunistischen Einrichtungen akzeptiert hätten und der Terror sich nicht lange halten könne. Das Volk heffe sich durch Umgehung der von Moskau herausgegebenen Gesetze und Verordnungen und wenn ihm das nicht gelinge, revoltiere es. Der größte Feind der Sowjetregierung sei der russische Bauer, und es habe in Russland im Jahre 1920 260 Bauernaufstände gegeben. Die Politik Sowjetrusslands könne nicht anders sein als aggressiv. Der Bolschewismus sei eine reine Militärtyrannie, Hand in Hand mit der Tyrannei der Sowjetbureaucratie. Die auf den Grundrissen der terroristischen Disziplin organisierte rote Armee sei eine stets akute Gefahr für die Nachbarn. Wer hat denn die letzte verderbliche Offensiv des vorbolschewistischen Russland veranlaßt? Kerenfsky auf Geheiß der Entente — übermitteln und befürwortet durch den jetzigen Kommunisten Marcel Cachin. . . .

Arbeitseinstellung im Steuerauschuß!

Die Winkeltage, die in den letzten acht Tagen von den bürgerlichen Parteien gemacht wurden, um den scharfen Wirkungen des Einkommensteuergesetzes in den oberen Stufen zu entgehen, haben heute zur Einstellung der Arbeit im Steuerauschuß geführt. Die Deutsche Volkspartei und die Demokraten verharren bei ihrer ablehnenden Haltung gegen den Grundgedanken der Regierungsnovelle. Das Zentrum wollte mit den sozialdemokratischen Parteien eine Mehrheit nicht zustande bringen. Wie am Dienstag, so entzog sich das Zentrum auch in der Mittwochssitzung der Mitarbeit. Nur zwei Hochposten hatte es gestellt. Die Folge war, daß die sozialdemokratischen Parteien die Mehrheit bildeten und der Bestimmung der Regierungsvorlage zur Annahme verhalten, die die Steuerfreiheit der Beiträge für kulturfördernde, mildtätige, gemeinnützige und politische Zwecke aufhebt.

Ein Einnahmestückel, der für den Fall der Ablehnung der Regierungsvorlage eine Brücke bauen und für Beiträge zu wissenschaftlichen, gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken, wenn sie 5 Proz. des Einkommens nicht übersteigen, Steuerfreiheit nicht gewähren wollte, wor damit erledigt. Die Regierungsparteien waren über den Erfolg ihrer Regierung recht ungeschlagen. Als dann auch die Annahme eines sozialdemokratischen Antrags, der für die Verforgungsgebühren der Kriegsgeschädigten bis zum Betrage von 8000 M. (statt 2000 M. des geltenden Gesetzes) und 5000 M. der neuen Vorlage Steuerfreiheit vorsieht, hinzukam, hielt sich die Mehrheit für zwecklos. Nachdem die Genossen Reich, Simon und Perner festgelegt hatten, daß das bisherige Verfahren des Ausschusses auf

eine planmäßige Sabotage

hinauslaufe und daß unsere Partei zur planmäßigen Weiterarbeit jederzeit bereit sei, stellte der Ausschuß seine Arbeiten bis auf weiteres ein.

Die Regierung muß nun auf die prinzipiellen Entscheidungen, die sie vor der Pause in Rücksicht auf die Fortführung der Geschäfte der Steuerbehörden für dringlich erklärt hat, verzichten, weil sie keine Unterstützung bei den Regierungsparteien findet. Die bürgerlichen Parteien hoffen, daß sich nach den Preußenwahlen alles schon finden werde. Die preussischen Wähler mögen sich danach richten!

Der Ertrag der Lohnabzüge.

Im Hauptauschuß des Deutschen Reichstags wurde zunächst von Dr. Richter (D. Vp.) eine Anfrage über die geplante Gründung einer Reichsversicherungsanstalt gestellt. Reichsfinanzminister Dr. Wirth betonte, daß diese Frage noch nicht spruchreif sei und daß bisher nur theoretische Erwägungen darüber stattgefunden hätten. Die Abg. Bursage (Z.) und Dahnke (Dem.) stellten sich auf den Standpunkt des Ministers. Auf eine Anfrage des Abg. Bursage (Z.) über die Höhe des aus den Einkommensteuer zu erwartenden Betrags erwiderte Staatssekretär Japs, daß man aus dem Lohnabzug 6 bis 7 Milliarden Mark erwarte. Mit Rücksicht auf die unklaren wirtschaftlichen Verhältnisse möchte die Finanzverwaltung in den Reichshaushaltsplan nicht mehr als insgesamt 12 Milliarden Mark als Jahresertrag der Einkommensteuer einstellen.

Die reaktionäre Disziplin. Die Vertreter aller Inspektionsbezirke des Hauptzollamts Nordhorn haben unter Mitwirkung der Beamtenverbände beschlossen, vom heutigen Tage ab die auf monarchistischer Grundlage aufgebaute Dienstordnung für Zollaufseher vom 1. Januar 1911 nicht mehr anzuwenden.

Groß-Berlin

Die Schädlinge.

Wie zu jeder Wahl, macht sich auch zu der bevorstehenden Landtagswahl in Preußen eine rege Wahlpropaganda bemerkbar, die meistens in öffentlichen Versammlungen ihren Abschluß findet. Es ist nun das gute Recht irgendeiner Partei, diese Propaganda einzuleiten und wirksam zu gestalten. Verwahrung wird aber mit Recht eingelegt gegen die Art und Weise, wie von Seiten einer Partei, z. B. der K.P.D., deren Mitglieder zum Teil annehmen, daß sie Kommunisten sind, diese Propaganda betrieben wird. Man schreit nicht zurück, die Stätte zu mißbrauchen, die weder von der K.P.D. noch irgendeiner anderen Partei errichtet wurde, sondern allein von einem Teil der Konsumenten — den Konsumenten.

Gemurmel und Gesiffen am Sonntagabend, den 29. Januar, unter der Mitgliedschaft beim Einkauf in einer Filiale im Osten. Worüber? Ueber das unersprohene Geboren, in der Verkaufsstelle des Konsumvereins frisch und frei Propaganda für Parteizwecke zu betreiben. Ein großes Plakat der K.P.D. hatte Käufer in Erregung versetzt. Und ganz mit Recht. Man weiß deshalb nicht, ob man sich mehr über die Kolonialpolitik verschiedener Personen mündern soll, mit der Austritt aus der Konsumgenossenschaft kritisiert werden, oder ob man mehr die Frechheit anstammen soll, mit der begründet wird, daß Personen Wert darauf legen, Austritte zu propagieren.

Ach nein, so liegen die Dinge nicht! Jeder Arbeiter, der halbwegs mit Organisationsfragen vertraut ist, weiß, daß Einrichtungen für Verbraucherinteressen, wie sie Konsumgenossenschaften darstellen, dringend notwendig sind, um gegen Ueberverteilung geschützt zu sein. Also keinem ehrlich denkenden Arbeiterskonsumenten wird es einfallen, derartige Einrichtungen schwächen zu wollen. Was widerlich und empörend wirkt bei einem großen Teil der Mitglieder, ist, daß in ihren eigenen Einrichtungen von verschiedenen Personen Propaganda getrieben wird zu Zwecken, von denen eine große Anzahl der Mitglieder nichts wissen will. Durch solchen Mißbrauch mit den Einrichtungen aller werden ja gerade Mitglieder von den Konsumvereinen fortgeführt und dem privaten Kaufmann in die Hände gegeben, wenn die Verwaltung nicht in der Lage ist, die gemeinsamen Interessen — in diesem Falle die Konsumenteninteressen — zu vertreten.

Man stelle sich nun folgenden Fall vor: Jemandem Mitglied des Konsumvereins hat derartige Machenschaften satt und erklärt seinen Austritt aus dem Konsumverein. Bei irgendeiner Gelegenheit, schon aus Erbitterung über die Mißachtung seiner Rechte, wird beim privaten Kaufmann in Gegenwart von diesen oder jenen Personen das Herz ausgeschüttet. Denn auch heute noch gilt: „Der Nachbar erzählt sie leif, was von der großen Tat sie weiß.“ Das wirkt natürlich hemmend, abstoßend und nicht fördernd auf alle, die sich schließlich auch zu der Ansicht durchringen sollen, daß sie beim Einkauf ihrer Ware dort hingehen, wo schon ein großer Teil der Konsumenten ihrer Klasse die Einkäufe decken. Wer es ehrlich meint mit der Vertretung der Konsumenteninteressen: Hände weg von solchen Propagandamitteln an unrechter Stelle! Wenn man schon die Meinung vertreten sollte, daß ein kleiner Teil sich anmachen darf, andere für seine Idee gefügig zu machen durch jedes Mittel, so ist dies als rücksichtslos zu bezeichnen; wir hätten deshalb auch Knuten-Oerfel die Funktionen weiter belassen können. Das Resultat wäre gleich. In einer Beziehung hat die Methode des vermeintlichen Kommunismus doch etwas Gutes: „Er gräbt und schaufelt so lang er lebt, bis er endlich sein eigenes Grab sich gräbt“ — dieser Kommunismus in Ökonomie.

Die Mitglieder aber sollten nicht ob solcher Ungeschicklichkeiten über den Konsumverein murren, die fault in der Tasche halten, sondern vernehmlich zu erkennen geben, daß sich solche Propaganda an ungeeigneter Stelle nicht lohnt und dadurch schließlich die allgemeinen Interessen untergraben werden. Vom Vorgehender sowie von sämtlichen Angehörigen muß unzweideutig verlangt werden, für peinlichste Sauberkeit in dieser Beziehung Sorge zu tragen. Dann werden sich nicht nur die eigenen Mitglieder, sondern auch noch abseits stehende Personen dem Konsumverein zugezogen fühlen.

Kriegsgefangenen-Schwindel.

Spekulation auf Ungewissheit der Angehörigen.

Der Kriegsgefangenen-Schwindel, der schon während des Krieges begann, dann kurze Zeit nach Beendigung der Feindseligkeiten zur höchsten Blüte gelangte, wird immer noch fortgesetzt. Erst vorgestern wurde ein Willi Krüger, der diesen Schwindel in großem Umfange in Berlin betrieb, unschädlich gemacht. Ein anderer, der jetzt ebenfalls festgenommen wurde, betätigte sich von Romawes aus besonders in der Provinz.

Ein früherer Maschinenarbeiter Jöllner war eine Zeitlang bei der Nachrichtenstelle Berlin-Neu-Sabersberg beschäftigt. Als diese aufgelöst wurde, eignete er sich eine große Menge Formulare an und „arbeitete“ damit auf eigene Faust und für seine eigene Tasche. An der Hand von Listen auszugeben, die er sich gemacht hatte, schrieb er auf den entwendeten Formularen an die Angehörigen von Kriegsgefangenen, daß die Nachrichtenstelle auf Grund von Verbindungen in Sibirien in der Lage sei, Nachforschungen nach Vermissten mit Erfolg anzustellen. Gilt tue not. Um einen Teil der Unkosten zu decken, seien 10 M. einzuzahlen. In dem Briefe wurde auch um Einfindung der Photographie, Angabe der Personalien usw. gebeten. Das Geld, das einging, behielt Jöllner für sich; irgendwelche Schritte unternahm er nicht. Auf die Spur kam man ihm dadurch, daß er versuchte, durch einen Eingang ein Schuldkonto zu begleichen. Jöllner schuldete nämlich einem Tierarzt noch den Betrag einer Rechnung. Einem Pastor, dem er ebenfalls sein Formular zusandte, weil er sich um Angehörige seiner Gemeinde bemühte, gab er nun als Einfindungsadresse das Postfach dieses Tierarztes an. Kriminalbeamte kamen dahinter, daß Jöllner den ausgesprochenen Schwindel betrieb, nahmen ihn in seiner Wohnung in Romawes fest und sandten und beschlagnahmten dort eine Menge von Briefen, zu deren Abfindung er noch nicht gekommen war. Außer Photographien von vermissten Kriegsgefangenen Soldaten fand man bei dem Verhafteten aber auch noch diese Bildnisse von Mädchen und Schriftstücke, aus denen hervorgeht, daß er auch den Heirats-Schwindel betrieb hat.

Die Friedenssäule auf dem Velleallianceplatz.

Bis zur Tunnel-Buddel stand 80 Jahre lang auf dem Berliner Velleallianceplatz die zur Erinnerung an den Frieden nach den Befreiungskriegen errichtete, schlichte vornehme Säule nach dem Entwurf von Cantian: in Granit mit einem Marmorkapitell und darauf ruhendes bronzene Friedensgöttin, das schöne Wahrzeichen des Platzes. Aus ist nunlich im Architektenauschuß Groß-Berlin mitgeteilt worden, die städtischen Körperschaften verweigerten jetzt die Mittel zum Wiederaufbau der Säule und zur nötigen Verhärtung der Tunnelwandungen und Tunnelböden an dieser Stelle. Natürlich aus Sparmaßregeln. Ein solcher Beschluß wäre Krähwinkel schlimmer Art. Berlin, das sich neue Schöpfungen von Kunstwerken nicht leisten kann, ist nicht so reich an guten alten Denkmälern, um auf eines leichtfertig verzichten zu können.

Auch weiter Sonntagruhe im Konditorgewerbe.

In letzter Zeit ist, wie der preussische Handelsminister in einem Rundschreiben betont, wiederholt von Bäckermeistern und Konditoren gegen die Bestimmungen des § 6 der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien vom 23. November 1918 verstoßen worden, wobei sich die Betroffenen darauf beriefen, daß bereits ein Befehlswort vorliege, der die Sonntagsarbeit gestatte. Der der Nationalversammlung letzterzeit vorgelegte Befehlswort zur Änderung der Bäckerverordnung ist aber damals von der Nationalversammlung nicht mehr erledigt worden. Es war daher beabsichtigt, den Entwurf beim Reichstage von neuem einzubringen. Es haben sich aber nachträglich Bedenken dagegen ergeben, jetzt eine Änderung der Verordnung vorzuschlagen. Es wird von der Zulassung der Sonntagsarbeit namentlich eine weitere Uebertretung des Kochenbäckereibefehls befürchtet, da es sich kaum vorstellen lassen würde, ob die an den Sonn- und Festtagen ausgeführten Arbeiten nur zur Herstellung von leichtverderblichen Konditorwaren oder auch von Torten und dergleichen dienen. Ferner würde, wie der Handelsminister hervorhebt, in der Offensivität Befremden erregen, wenn für diese Waren, zu deren Erwerb in der Regel nur das wohlhabende Publikum in der Lage ist, eine Ausnahme von dem Gebot der Betriebsruhe am Sonntag gemacht und die Herstellung von Konditorwaren nicht nur durch die Bäckermeister, sondern durch die von ihnen beschäftigten Arbeiter zugelassen würde. Mit den zurzeit noch bestehenden schwierigen Ernährungsverhältnissen würde sich die Vorlage eines solchen Gesetzes nur schwer in Einklang bringen lassen. Der Reichsarbeitsminister hat daher davon abgesehen, schon jetzt eine Änderung der Verordnung zu beantragen.

Millionenunterschlagungen vor Gericht.

Die aufsehenerregende Affäre des jugendlichen Rennstallbesizers Alfred Stempel bildet den Gegenstand eines umfangreichen Strafprozesses, der heute unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Szgga vor der 2. Strafkammer des Landgerichts beginnt. Auf der Anklagebank mußte der 63jährige Effizientoffizier Richard Gerike Platz nehmen, der beschuldigt wurde, dem Bankhause Bleichröder in den Jahren 1917 und 1918 die ungeheure Summe von circa 8 Millionen unterschlagen zu haben von der allerdings der größte Teil inzwischen durch Jodelprozesse und Verkäufe wieder zurückgeschafft worden ist. — Mitangefragt wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Hehlererei, begangen an den von Gerike unterschlagenen Papieren, war der erst 23jährige Kaufmann Alfred Stempel, zuletzt in Charlottenburg wohnhaft. Als Verteidiger des Angeklagten Gerike fungieren die Rechtsanwälte Dr. Frey und Rich. Koch.

Bei Aufruf der Sache stellt es sich heraus, daß der von Justizrat Wronker verteidigte Angeklagte Stempel es vorgezogen hatte, nicht zu erscheinen. Ein Zeuge behauptet, daß Stempel inzwischen schon wieder mit gefälschten Pauschheinen Schwindereien verübt hat. — Das Gericht beschließt, die Sache gegen Stempel abzutrennen und gegen Gerike allein zu verhandeln. — In der heutigen Vernehmung war Gerike in vollem Umfange geständig. Zur Sprache kam u. a. der Stempel stets gesagt hatte, ihm könne nichts passieren, da er den „Bogdchein“ habe, d. h. geisteskranke sei.

Zu der Verhandlung sind circa 40 Zeugen geladen. Wir werden über den weiteren Verlauf berichten.

Psychologische Schulprüfungen.

In den letzten zwei Wochen haben zum achten Male die halbjährlichen Prüfungen gutbefähigter Kinder zur Aufnahme in höhere Schulen stattgefunden. Sie wurden diesmal im Stadtverordneten-Saal des Berliner Rathauses abgehalten. Es nahmen daran 145 Knaben und 127 Mädchen teil. Die ganze Einrichtung kommt seit Bildung der Gemeinde Groß-Berlin auch den Vororten zugute, aus denen denn auch zahlreiche Anmeldungen vorlagen. Ihre Zahl würde noch größer sein, wenn das Schergerüst der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht viele Eltern von einem längeren Schulbesuche ihrer Kinder abzurückte, obwohl bei Bedürftigkeit vom zweiten Jahre ab eine jährliche Unterhaltsbeihilfe von 600 M. gewährt wird. Die Knaben, welche die Prüfung bestanden, besuchen danach das Könlische Gymnasium (mit Realgymnasialklassen) oder die Kampf-Realschule, die Mädchen gehen auf die nächstgelegene Mittelschule über, wo sie zwei Sprachen lernen. Ihre Leistungen auf den nunmehr im vierten Schuljahr stehenden Förderanstalten haben den geübten Erwartungen durchaus entsprochen, so daß der weitere Ausbau dieses Städt. Schulreform recht wünschenswert erscheint.

Der Margarineversteuer und die Stadt Potsdam. In arge Bedrängnis ist die Stadt Potsdam durch den rapiden Preissturz der Margarine geraten. Die Stadt Potsdam kaufte vor Weihnachten in Holland 2100 Zentner hochwertige Margarine ein. Die Lieferung verzögerte sich bis zum vorigen Freitag. Besten wurde nun dieses Fett zum Preise von 21 Mark pro Pfund an die Bevölkerung angeboten. Die Kaufleute lehnen es ab, die Verteilung dieser teuren Margarine zu übernehmen, da diese durch den Preissturz bereits auf 11,50 M. gesunken ist. Der Schaden ist daher bei 2100 Zentnern leicht zu berechnen. Gegen den Wagnisrat werden seitens der Kaufmannschaft die Vorwürfe erhoben, daß er beim Abschluß derartiger Verträge keine sachkundigen Kaufleute hinzuzuziehen hat.

Ein beschlossener Schwörcer im Strauß-Prozess. Ein dreifacher Diebstahl ist während des Strauß-Prozesses im Gerichtsgebäude verübt worden. Wie berichtet wurde, fand sich zu den Prozeßhandlungen in großer Zahl auch die Verbrechermwelt ein, soweit sie nur Zutritt erhalten konnte. An einem Verhandlungstage nun wurde aus dem Beratungszimmer des Neuen Kriminalgerichts einem der Schwörcer ein Gehpfeil im Werte von 5000 M. gestohlen, wahrscheinlich von einem der „Kriminalstudenten“. Es ist ein schwarzer Pelz mit schwarzem Stabfahnen und gelbem Kitzfellfutter.

Annahmestelle des Rotopfers. Zur Ueberung der beim Publikum noch immer bestehenden Unsicherheit über die Stelle, an welche die Annahmehescheinigungen über die an Zahlungs Statt auf das Rotopfer hingebene Kriegsanleihe einzusenden ist, wird mitgeteilt, daß die Einfindung an die Finanzkasse des Wohnortes des Abgabepflichtigen zu erfolgen hat.

Städtische Jugendheime in Neukölln. Neukölln hat durch Angliederung einiger Kinderheime an die vom Ortsauschuß für Jugendpflege übernommenen Einrichtungen die Zahl der Neuköllner Jugendheime auf fünf erweitert. Dadurch ist dem starken Bedürfnis auf Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten für Zwecke der Jugendvereine in der Hauptstadt abgeholfen worden. Zur Pflege gediegener Unterhaltung sind die Jugendheime größtenteils mit einer Bibliothek und mit Klavier ausgestattet. Das Benutzungsrecht ist allen dem Ortsauschuß angeschlossenen Vereinen zugewilligt und ergibt sich nach Maßgabe der vom Ausschuß getroffenen Regelung. Eine weitere Bereitstellung derartiger Jugendheime ist in Aussicht genommen.

Das Stadttheater in Reinickendorf. Auf Einladung des Kommunalen Volksbildungs-Ausschusses gab das Schauspielhaus (Stadttheater) Ende vorigen Jahres eine Aufführung des „Ratten der Welt“ in Reinickendorf. Die Intendantin hat sich nunmehr erneut bereitgefunden, mit seinen besten Kräften in Reinickendorf ein Gastspiel zu geben. Am 11. Februar wird in den Reinickendorfer, deren Bühne den Anforderungen entsprechend ausgerüstet ist, Nachmann als Orchester zur Aufführung gelangen. Eintrittskarten zu 5 Mark einschließlich Steuerabgabe bei den Parteikontrollstellen und den amtlichen Verkaufsstellen.

Groß-Berliner Parteinarichten.

Heute, Mittwoch, 2. Februar:

14. Abteilung, Abends 7 Uhr: Wichtige Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Schuler, Rübensdorfer Straße 4.

Gewerkschaftsbewegung

Streiks in Polen.

Im Warschauer Elektrizitätswerk ist ein Streik ausgebrochen. Die Verwaltung hat seinerzeit den Arbeitern verschiedene Forderungen bewilligt, die meisten aber nicht durchgeführt. Die Arbeiter verlangen jetzt außer der Verbesserung der Lebensmittelaufstellungen auch eine Nachzahlung von 2000 Mk. für die Monate November und Dezember. Der Vorstand des sog. „Blocks“, der die Angehörigen der verschiedenen Kategorien umfaßt, die den allgemeinen Bedürfnissen dienen, hat beschlossen, den Streik zu verschärfen. Die Telephonangestellten und Arbeiter des Gaswerkes werden ebenfalls streiken. Als die Verwaltung des Elektrizitätswerkes erklärte, die Arbeiter müßten zuerst die Arbeit aufnehmen und dann könne man über die Reformen sprechen, gab der Vorsitzende des Blocks, Neubauer, zur Antwort: Die Arbeiter kennen schon diese Art der Erledigung! Zuerst die Erfüllung der Forderungen und dann Reformen.

Unabhängig von diesem Streik ist in Warschau ein Streik der Chauffeure ausgebrochen. Desgleichen streiken die Angestellten der elektrischen Zuzufuhrbahnen in Lodz, so daß deren Betrieb vollkommen lahmgelegt wurde.

Internationaler Transportarbeiterkongress.

Der Kongress des Internationalen Transportarbeiterverbandes wird, wie ein Drahtbericht aus London meldet, am 18. April in Genf eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen ein internationales Arbeitsgesetz für die Sozialisierung der Transportmittel und ein solches für die Beseitigung der künstlichen Beschränkung des internationalen Handels. Es werden weitere Resolutionen betreffend den allgemeinen Freihandel, den freien Austausch von Gütern und die Stabilisierung der Preise eingebracht werden.

Immer weitere Niederlagen.

Die Versuche der Kommunisten, die Führung der Gewerkschaftsbewegung durch Befehung der verantwortlichen Stellen an sich zu reißen, sind immer mehr den entscheidenden Widerstand der Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Im Metallarbeiterverband haben sich die Kommunisten nach verschiedenen Niederlagen bei den Wahlen zu den Verwaltungskörperschaften jetzt auch in Rostock bei der Neuwahl der Ortsverwaltung eine schwere Schlappe geholt. Um dem gewerkschaftsfeindlichen Treiben der Kommunisten wirksam entgegenzutreten zu können, hatten unsere Parteigenossen sich mit den Unabhängigen auf eine gemeinsame Liste, die mit dem Namen des bisherigen ersten Bevollmächtigten Müller begann, geeinigt. Bei der Wahl, die in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung vorgenommen wurde, erhielt die Liste der S.P.D. und U.S.P.D. 859 Stimmen, während die kommunistische Liste nur 286 Stimmen bekam. Wieder ein Beweis, was von dem kommunistischen Gerede wahr ist, daß sie die Massen hinter sich haben.

Achtung, Buchdrucker!

Die sich „revolutionär“ gebärdenden Kollegen versuchen mit ihren altbekannten Phrasen wieder, Eure Stimmen bei der Wahl der Vertreter zu den Tarifkommissionen einzufangen. Nicht die Qualifikation der Kandidaten soll ausschlaggebend sein, sondern die ganze Wahl bedeutet diesen Kollegen nur einen neuen Protestrummel. Wörtlich sagt das von der „revolutionären“ Gruppe herausgegebene Flugblatt:

„Kollegen, beweist durch die Abstimmung, daß Ihr Eure Ausschaltung bei der Wahl des Gewerkschaftsrates nicht vergessen habt. Zeigt Euch dieser Urwahl würdig.“

Den letzten Satz möchten auch wir unterstreichen. Jawohl, Kollegen, zeigt Euch dieser Urwahl würdig und wählt Vertreter, die seit Jahren bewiesen haben, daß sie fähig sind, Eure Interessen zu vertreten. Wählt keine Scheinrevolutionäre, die sich nicht entblößen, mit den Gutenbergsbündern gemeinsame Sache zu machen, wenn

sie glauben, hierdurch einige ihrer Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

Kollegen, denkt an die Urwahl zur letzten Generalversammlung. Dort hatte die Opposition Gelegenheit, den Kollegen zu zeigen, daß sie es besser verstände, die Interessen der Buchdruckerschaft wahrzunehmen. Und doch mußten sie, von den Beratungen zurückgekehrt, zu einem Teile erklären, daß sie auf dem Verbandstage eines Besseren belehrt worden seien.

Kollegen! Wählt die Kollegen, die Ihr für die Fähigsten und Würdigsten zur Vertretung Eurer tariflichen Interessen haltet und das können nur sein die Kandidaten der Listen

Maffini, Schleffler, Braun!

Achtung! Uniform-Lieferungsschneider!

Während von unserem Verbände die Bestrebungen auf Errichtung von Betriebswerkstätten seitens der Stadt Berlin unterstützt werden, wird vom Gewerkschaftsbund der Angestellten im Verein mit den Arbeitgebern versucht, dieses zu hintertreiben. Wir fordern die Kollegenschaft auf, weder den Lockungen des Gewerkschaftsbundes zu folgen, noch den Einflüssen der Arbeitgeber und deren Beauftragten durch Abstimmung in den Betrieben willfährig zu sein, sondern ihnen die gebührende Antwort zu geben. Die Filialleitung Berlin des Deutschen Befriedigungsarbeiterverbandes.

Der Zentralverband der Angestellten (Bezirk Groß-Berlin) beriet am Dienstag in einer sehr gut besuchten Generalversammlung den von einer Kommission festgestellten Entwurf für das Ortsstatut des Bezirks Groß-Berlin. Aus der Versammlung selbst gingen dazu noch eine große Zahl von Anträgen ein, die bei Erledigung der einzelnen Paragraphen eingehend durchberaten wurden. In den Bestimmungen, die durch Beschlußfassung erlassen wurden, wird unter anderem festgelegt: Der Bezirk Groß-Berlin umfaßt die Orte des kommunalen Groß-Berlin und Potsdam. In diesem Bereich beschäftigte Mitglieder gehören zum Bezirk Groß-Berlin. Die Grundlage des Bezirks bilden die Fachgruppen, die nach Branchen in Sektionen unterteilt sind. Zu den Verbandsbeiträgen wird ein Ortszuschlag erhoben, dessen Höhe die Generalversammlung festlegt. Dieser Ortsbeitrag ist mit dem Verbandsbeitrag zu entrichten. Der Bezirk Berlin gibt für seine Mitglieder ein vierzehntägig erscheinendes Mitteilungsblatt „Der Berliner Angestellte“ heraus, das allen Mitgliedern kostenlos durch die Post zugestellt wird. Die ordentliche Generalversammlung findet vierteljährlich statt. Die Anträge für sie können nur durch Fachgruppen, Sektionen, Ortsverwaltung, Generalversammlungsdelegation und Funktionärerversammlung eingereicht werden. Auf Antrag von 100 Delegierten muß eine außerordentliche Generalversammlung einberufen werden.

Nach Erledigung von 8 Paragraphen wurde wegen vorgerückter Zeit die Weiterberatung auf den 15. Februar (Sophtienfest) vertagt.

Musikinstrumentenmacher. Heute 5 Uhr Branderversammlung in Klemm Festsaal, Sadowstraße 13. Fortsetzung der Diskussion über Umherwandern und Musikanten. Donnerstag 3 Uhr Versammlung der S.P.D.-Mitglieder der Musikinstrumentenmacher im Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 10.

Zentralverband der Angestellten. Versammlungen am 2. Februar: Chirurgische Maschinen: Abends 7 1/2 Uhr Sophienstraße, Sophienstr. 17/18. — Rechts- und Staatslehre: Abends 7 Uhr Wilhelmstraße, Anhalterstr. 11. — Holz- und Tischbau nach Koblitz: Abends 7 1/2 Uhr, Sauerlands Festsaal, Reuss Friedländerstr. 33.

Wirtschaft

Der Reichswirtschaftsrat für Freigabe des Flachses.

Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich mit einer Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die künftige Gestaltung der Flachsindustrie. Nach Darstellung der Regierungsvertreter und der Sachverständigen (Georg Müller, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, und Käthig) ist der Kernpunkt der Frage die Erhaltung der deutschen Anbaufläche als Grundbedingung der Rohstoffversorgung. Die Landwirte hoffen, im freien Handel höhere Preise zu erzielen und sind — wie auch die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats aus der Landwirtschaftsgruppe bezeugen — so verärgert gegen jede Zwangsbeziehung, daß sie befürchten ist, daß sie den Anbau von Flachs überhaupt aufgeben. Ferner wird ausgeführt, daß Flachs eine wichtige Vorfrucht für Weizen sei, daß aber eine Beeinträchtigung des Brotgetreideanbaues nicht zu erwarten, die bisheerige Anbaufläche von 70—80000 Hektar unbedeutend gegenüber der Getreideanbaufläche sei und ferner auch beim Anbau von Flachs für Fasergewinnung Vieinsamen geerntet werde,

der für Viehzucht und Delgewinnung wertvoll sei. Die Freigabe des Handels werde auch zum Ausbau von Qualitätsflachs führen. Mit den Landwirten, die das Risiko des freien Anbaues scheuen, sollen Anbauverträge abgeschlossen werden, in denen die Abnahme zu Tagespreisen, womöglich unter Gewährleistung eines Mindestpreises, zugesichert wird. Die Industrie hat sich zu einem Garantieverband zusammengeschlossen und glaubt das Risiko einer etwa sinkenden Konjunktur durch gleichzeitige Verarbeitung der dann billigeren Auslandsware tragen zu können.

Da die Arbeitnehmervertreter an der Preisentwicklung für Leinwand, die heute schon für den Mittelstand fast unerschwinglich ist, interessiert sind, stimmte der Ausschuss einstimmig einer Aufhebung der Beschlagnahme von Flachsstroh und Rohflachs für die Ernte 1921 zu, doch konnte man sich der Vorlage in dem Punkt nicht anschließen, der eine Beibehaltung der Garndeschlagnahme vorsieht, da man, wie Herr B. S. Klein als Vertreter der Verbraucherschaft besonders anführte, darin eine Maßregel der Industrie zum Schutze gegen einen eventuellen Preisabfall sehen könne. Der Ausschuss verwies diese Frage an den Wirtschaftspolitischen Ausschuss mit dem Ersuchen, eine Aufhebung der Beschlagnahme von Halb- und Fertigfabrikaten zum 1. Oktober 1921 zu beschließen.

Besserung in Amerika.

Der Monatsbericht des „Federal Reserve Board“ zeigt eine Tendenz zur Besserung der wirtschaftlichen Lage. Verschiedene Betriebe, in denen große Arbeitermassen beschäftigt werden, haben die Arbeit entweder ganz oder teilweise wieder aufgenommen. Die Arbeiterbörse meldet, daß noch 3 473 000 Arbeiter beschäftigungslos sind. Eine starke Besserung ist in den verschiedenen Zweigen des Textilgewerbes, besonders aber in der Garnindustrie wahrzunehmen.

Spreewalder Meerrettich für Frankreich. Man schreibt uns: Der meiste im Spreewald und seiner Umgebung gewonnene Meerrettich, der sonst nach Bayern und Böhmen verkauft wurde, geht in diesem Jahre nach dem Westen, wahrscheinlich über Elbehäfen nach Frankreich, wo unserer niedrigen Valuta wegen bessere Preise erzielt werden. Der Preis ist sehr hoch. Beste Ware, von welcher das Schwed. einen Zentner wiegt, trägt den Großhändler 800 Mk. ein. Manche Großhändler sollen bereits mehrere Tausend Zentner ausgeführt haben.

Jura, Deschleferwerke G. m. b. H. in Holzheim. Unter diesem Namen wurde unter Beteiligung des württembergischen Staates ein Unternehmen gegründet, das die Verwertung des in Württemberg zahlreich vorkommenden Schiefers zum Ziele hat. Das Stammkapital beträgt 16 Millionen Mark, wovon der württembergische Staat 7 Millionen Mark in Händen hat. Hauptprodukt ist die Gewinnung von Schieferöl.

Aus aller Welt.

Falschmünzer. Wegen versuchten Münzverbrechens verurteilte das Schwurgericht Frankfurt a. M. den Schuhmacher Fröh und den Photographen Kantschler zu je 1 Jahr Gefängnis, den Eisenbahnbureauangestellten Köhl zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und den mit 8 Jahren Zuchthaus verurteilten Maler Gerhardt zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Sie hatten in der Werkstätte von Fröh 50-Markstücke anfertigen wollen. — In Verdun an der Mosel wurden fünf Personen verurteilt, welche 50-Markstücke in großer Anzahl angefertigt und in den Verkehr gebracht haben.

Schlafkrankheit im Saargebiet? Ein Fall von Schlafkrankheit ist neuerdings wieder in St. Ingbert vorgekommen. Eine ältere Frau, die seit einigen Tagen in tiefem Schlafe liegt, wurde dem Krankenhaus überwiesen.

Polnischer Schulunterricht als Ehrenbezeugung. Auf Wunsch Briands hat der Minister für öffentliche Arbeiten verfügt, daß zu Ehren der Anwesenheit Wilkowskis am 5. Februar in allen Pariser Schulen eine Lehrstunde über Polen erteilt werde.

Ein lebenswichtiger Betrieb. In Hjord, einer Londoner Vorstadt, herrscht gegenwärtig ein Streik der Elektrizitätsarbeiter. Der Streik traf auch das städtische Verbindungshaus, wo die Gefahr bestand, daß ein durch elektrischen Strom geheizter Brutofen erlosche, wodurch ein neun Wochen alter Säugling das Leben verloren hätte. Die Arbeiter beschloßen, daß das Kind leben sollte, und vier Mann wurden kommandiert, die abwechselnd eine kleine Referenzmaschine in Gang halten mußten.

Veranst. für den rebell. Teil: Dr. Werner Belter, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Hildebrandt, Berlin; Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Postamt: Berlin 10. Nr. 2.

Bezirksverband Berlin S.P.D.
44. Wkt. 3. Kreis.
Am 21. Januar früh 11 Uhr versetzt nach langen Verhandlungen am Protestiererkomitee unter Gönse.
Albert Hermann
Hauptstraße 20.
Ohne seinem Andenken!
Die Einbürgerung erfolgt am Freitag mittags 1 Uhr im Krematorium Gerickestraße 179/180.
Um rege Beteiligung ersucht.
Die Abteilungsleitung.

Weigtola Haarklinik
unter ärztlicher Leitung.
Haaruntersuchung: 1/10—12, 4—6 Uhr.
Behandlung von Haar- und Hauterkrankungen jeder Art. Bestrahlungen, med. Räucher, Höhensonne, Massagen usw. Nettelbeckstr. 14, I. Etage.

Verkäufe
Kampfgüter, Ostbahn, Ebelingland mit gutem Gartengrund, C. Koenig, N. Christianiastraße 14, I. Tel.: Noobit 8988. 1018.

Geschäftsverkäufe
Geschäfte aller Branchen verkauft (einschl. des Verkehrs) u. Co., Friedrichstraße 118A, Korben 2292, 2293. 1118.

Bettmöbel, billiger als jede weiße Wäsche. Da uns jede weiße Wäsche zu einem billigen Preise. **Reich** 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr. **Reich** 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr. **Reich** 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Schneiderei, Stabenhand, den. Junges Fortschritt. **Wittlicher**, Schäferbunde verkauft Schaffland. **Vollfabrik** 34/14.

Sandbitter, Kastenwagen, **Reich** 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Möbel, **Reich** 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Schlafzimmer, weiß, solide, **Reich** 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Raulino Tabak

einmal versucht immer verlangt.

Für kurze Pfeife

- Schlag, roter Streifen 100 gr Mk. 5.—
- „ lila „ 100 „ „ 5.50
- „ grüner „ 100 „ „ 6.—
- „ schwarzer „ 50 „ „ 4.—

Zu haben in den Zigarren-Geschäften.

Hauptvertretung für den Großhandel: **Leo Hirschberg & Co., Frankfurt a. M.**
Fernsprecher: Hansa 1798, Hansa 3148.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.

Reich 18. — **Kiljan** 13. — **Laden** 3. — **Spinn** 130. — **Denkmäler** 930. Die meisten bei uns direkt abgekauft. Jeden Tag 9 Uhr.